

Glorius, Birgit

Book Part

Migration

Provided in Cooperation with:

ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft

Suggested Citation: Glorius, Birgit (2018) : Migration, In: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Ed.): Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung, ISBN 978-3-88838-559-9, ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover, pp. 1517-1532, <https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-55991400>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/225801>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/>

Birgit Glorius

Migration

S. 1517 bis 1532

URN: urn:nbn:de:0156-55991400



CC-Lizenz: BY-ND 3.0 Deutschland

In:

ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.):
Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung

Hannover 2018

ISBN 978-3-88838-559-9 (PDF-Version)

Migration

Gliederung

- 1 Einleitung
- 2 Definitionen und Betrachtungsperspektiven von Migration
- 3 Formen internationaler Migration
- 4 Erklärungsansätze
- 5 Auswirkungen von Migration
- 6 Implikationen für die raumbezogene Planung

Literatur

Migrationsprozesse haben aufgrund ihrer Quantität und Selektivität eine steigende Relevanz für planerische Prozesse. Migration führt zu demografischen und sozialen Strukturveränderungen, wobei hinsichtlich der Integration von Migranten ihre Heterogenität und die räumliche Selektivität ihrer Wohnstandorte berücksichtigt werden müssen. Zu beachten ist die unterschiedliche Definition des Migrantenstatus in den Statistiken.

1 Einleitung

In der gegenwärtigen Gesellschaft nimmt die Intensität von Migrationsprozessen laufend zu. Im Jahr 2013 lebten nach Angaben der Vereinten Nationen 232 Millionen Menschen oder 3,2 % der Weltbevölkerung außerhalb des Landes, in dem sie geboren worden waren, verglichen mit 175 Millionen im Jahr 2000 und 154 Millionen im Jahr 1990 (UN 2013).

Die Relevanz von Migrationsprozessen für die raumbezogene Planungspraxis ergibt sich aus ihrer Selektivität, die sich in Kategorien wie Alter, Geschlecht und Bildungsstand, aber auch in räumlicher Selektivität der Abwanderungs- und Zuzugsregionen niederschlägt. Bedingt durch die Tatsache, dass Migrationsentscheidungen überwiegend im jüngeren Erwachsenenalter getroffen werden, sind Abwanderungsregionen von beschleunigter Alterung betroffen, während Zuwanderungsregionen einen Verjüngungseffekt erleben.

Regionale Selektivität zeigt sich an der Bevorzugung bestimmter Regionen oder Gebietstypen. So ist internationale Migration überwiegend auf große Agglomerationsräume gerichtet, sodass die Ausländeranteile in städtischen und ländlichen Regionen erheblich differieren (▷ *Agglomeration, Agglomerationsraum*). Auch Binnenmigration ist meist auf Agglomerationsräume ausgerichtet, sei es durch Wohnstandortveränderung von der Kernstadt ins Stadtumland (▷ *Suburbanisierung*), sei es durch Verlassen ländlich-peripherer Regionen zugunsten der Städte (▷ *Reurbanisierung*). Für die ländlichen Herkunftsregionen hat dieser Prozess eine beschleunigte demografische Alterung und Bevölkerungsschrumpfung (▷ *Demografischer Wandel; ▷ Schrumpfung*) zur Folge, die negative Auswirkungen auf die Aufrechterhaltung öffentlicher ▷ *Infrastruktur* (▷ *Daseinsvorsorge*) und allgemeiner Zukunftsperspektiven haben können (Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2013).

Auch in den Zuzugsregionen ist eine Anpassung der öffentlichen Infrastruktur erforderlich. Hier erweist sich gegenwärtig der Ausbau von Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur durch altersselektiven Zuzug als brisante Problematik für viele Großstädte. Zudem erfordert die wachsende Heterogenisierung der Bevölkerung in den Städten eine Berücksichtigung im Rahmen der planerischen und politischen Gestaltung. Eine neue und große Herausforderung der kommenden Jahre stellt die Unterbringung und soziale Integration von Flüchtlingen dar.

2 Definitionen und Betrachtungsperspektiven von Migration

Migration, abgeleitet vom lateinischen *migrare* (wandern), wird im Allgemeinen definiert als Bewegung im Raum, die mit einem Wohnsitzwechsel verbunden ist. In den letzten Jahren hat sich auch in der deutschen Alltags- und Wissenschaftssprache der Begriff *Migration* gegenüber dem Begriff *Wanderung* durchgesetzt, wobei alltagssprachlich meist internationale Migration gemeint ist, während in der Fachsprache auch die Binnenmigration eingeschlossen ist (Han 2010: 5).

Wesentlich ist die Abgrenzung von Formen der ▷ *Mobilität*, die nicht mit einem Wechsel des Wohnsitzes verbunden sind, wie z. B. das tägliche oder wöchentliche Pendeln zum Arbeitsplatz. Durch den Wohnsitzwechsel wird eine Endgültigkeit des Mobilitätsvorganges impliziert, der mit

steigender Distanz eine Neuorientierung des Migranten hinsichtlich seines sozialräumlichen Umfeldes bedingt. Dies trifft insbesondere auf Staatsgrenzen überschreitende Migrationsbewegungen zu, die als internationale Migration bezeichnet werden, während Prozesse der Binnenmigration – also Wohnsitzverlagerungen innerhalb nationalstaatlicher Grenzen – als weniger aufwendig hinsichtlich der Integrationsbemühungen des Migranten und seiner Unterstützung durch staatliche Institutionen betrachtet werden.

Ein wichtiges Differenzierungskriterium ist zudem die zeitliche Dauer von Migration. Während innerhalb Deutschlands bereits das An- und Abmelden eines Wohnsitzes als Indiz für eine dauerhafte Migration herangezogen wird, hat sich international eine Differenzierung in langfristige und kurzfristige Migration durchgesetzt. Die allgemein gebräuchliche Empfehlung der Vereinten Nationen unterscheidet zwischen langfristiger Migration bei der Verlegung des ständigen Wohnsitzes für die Dauer von mindestens einem Jahr und temporärer oder kurzfristiger Migration bei einem Wohnsitzwechsel von weniger als einem Jahr (UN 1998: 18).

Jedoch kann diese an den Bedürfnissen der Administration ausgerichtete Erfassungslogik nicht annähernd die Komplexität heutiger Migrationen nachzeichnen. So sind als Folge der *Globalisierung* und der Innovationen der *Informations- und Kommunikationstechnologie* zunehmend multilokale Lebensformen zu beobachten, die nicht auf einen eindeutigen und dauerhaften Lebensmittelpunkt ausgerichtet sind. Viele Arbeitsmigranten, aber auch Ruheständler oder generell Familienverbände unterhalten mehrere Wohnsitze und orientieren ihren Alltag und ihre Biografie an mehreren Referenzräumen (vgl. Pries 2010).

Ein auch politisch und planerisch relevantes Unterscheidungskriterium für Migranten ist ihre rechtliche Stellung, die durch den Aufenthaltstitel definiert wird. Daraus ergeben sich wichtige Differenzierungen hinsichtlich der Teilhabe am *Arbeitsmarkt*, der politischen Partizipation und der Möglichkeit, soziale Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Dem Aufenthaltstitel vorgeschaltet ist die Zutrittsmöglichkeit zu einem staatlichen Territorium, etwa durch ein Einreisevisum oder zwischenstaatliche Vereinbarungen wie beispielsweise das Schengen-System. Migranten, die unerlaubt einreisen, sich ohne gültigen Aufenthaltstitel auf einem Staatsterritorium aufhalten oder einer Erwerbstätigkeit nachgehen, ohne eine entsprechende Arbeitserlaubnis zu besitzen, werden als irreguläre Migranten bezeichnet. Eine Sonderstellung besitzen völkerrechtlich gesehen Flüchtlinge und Asylsuchende, da sie aufgrund ihrer Flüchtlingseigenschaften nach der Genfer Flüchtlingskonvention bzw. des Rechts auf politisches Asyl besondere Zutritts- und Aufenthaltsrechte zu bzw. auf einem staatlichen Territorium haben.

Die Frage, wer ein Migrant im statistischen oder administrativen Sinne ist, lässt sich nicht eindeutig beantworten (s. Tab. 1). In Abhängigkeit vom Erkenntnisinteresse und von der Datenverfügbarkeit existieren verschiedene Konzepte und Dokumentationsmethoden. Im Bereich internationaler Organisationen wie den Vereinten Nationen, der OECD (Organization for Economic Cooperation and Development) und der EU (*Europäische Union*) ist das Foreign-born-Konzept verbreitet, das Migration durch einen außerhalb nationalstaatlicher Grenzen liegenden Geburtsort definiert (Schäfer/Brückner 2008). In Deutschland wurde für lange Zeit die Staatsangehörigkeit als Schlüsselindikator verwendet, um Migranten zu identifizieren. Dies klammerte jedoch wichtige Gruppen aus, wie beispielsweise (Spät-)Aussiedler, eingebürgerte Migranten sowie Migranten der zweiten und dritten Generation, die großenteils die deutsche Staatsangehörigkeit

Migration

besitzen. Vor dem Hintergrund integrationspolitischer und sozialplanerischer Bemühungen wurde daher das Kriterium des Migrationshintergrundes entwickelt und seit Anfang des Jahrtausends in die verschiedenen Bevölkerungs- und Fachstatistiken übernommen. Der Begriff beinhaltet in Deutschland „alle Ausländer und eingebürgerte ehemalige Ausländer, alle nach 1949 als Deutsche auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderte, sowie alle in Deutschland als Deutsche Geborene mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“ (Destatis 2015: 6). Je nach Interessen- oder Problemlage werden in den verschiedenen Fachstatistiken auch alternative Definitionen verwendet. So berücksichtigt die Kinder- und Jugendhilfestatistik auch die Familiensprache, um sprachlichen Förderbedarf adäquat abschätzen zu können (VDSt 2013).

Tabelle 1: Bevölkerung nach Migrationsstatus und Geschlecht – Ergebnisse des Mikrozensus 2013, in Tausend

Migrationsstatus		Insgesamt	Männlich	Weiblich
Bevölkerung insgesamt		80.611	39.454	41.157
1	Deutsche ohne Migrationshintergrund	64.074	31.162	32.911
2	Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinne	15.913	7.984	7.930
2.1	Personen mit eigener Migrationserfahrung	10.490	5.135	5.355
2.1.1	Ausländer	5.489	2.748	2.741
2.1.2	Deutsche	5.001	2.387	2.614
2.1.2.1	(Spät)Aussiedler	3.106	1.481	1.625
2.1.2.2	Eingebürgerte	1.894	906	989
2.2	Personen ohne eigene Migrationserfahrung	5.424	2.849	2.575
2.2.1	Ausländer	1.338	723	615
2.2.2	Deutsche	4.085	2.125	1.960
2.2.2.1	Eingebürgerte	464	226	238
2.2.2.2	Deutsche mit Eltern(teil) mit Migrationshintergrund	3.621	1.899	1.722

Quelle: Destatis 2015: 585

3 Formen internationaler Migration

Internationale Migrationsprozesse haben in den vergangenen Jahren an Ausmaß und Vielfalt zugenommen. Infolge der ökonomischen und kommunikationstechnischen Globalisierung veränderten sich Motivlagen und Migrationsstrategien. Auch die Fluidität der Prozesse, d. h. die fehlende Endgültigkeit von Migrationsentscheidungen, gehört zu diesen maßgeblichen Veränderungen, die sich bis auf Ansiedlungs- und Integrationsprozesse im städtischen Quartier auswirken. Im Folgenden wird ein knapper Überblick über die wesentlichen Motivlagen von internationaler Migration und die Entwicklung der Migrationsprozesse nach Deutschland gegeben.

3.1 Arbeitsmigration

Arbeitsmigration beinhaltet alle Migrationsformen, die eine Erwerbstätigkeit zum Ziel haben. Arbeitsmigration wird in der Wissenschaft meist als Ergebnis einer rationalen Kosten-Nutzen-Kalkulation betrachtet, die eine Bewegung von einer Region mit niedrigen Löhnen und fehlendem Stellenangebot in Regionen mit guten Erwerbsmöglichkeiten und hohen Löhnen auslöst. Arbeitsmigration wird in der Regel durch das Aufnahmeland stark strukturiert, da nicht nur die Einreise, sondern auch der Zugang zum Arbeitsmarkt nach den Bedürfnissen des Aufnahmelandes ausgerichtet werden können. Die Anwerbung von Gastarbeitern in der damaligen Bundesrepublik sowie die Aufnahme von Vertragsarbeitern in der damaligen Deutschen Demokratischen Republik waren die größten Arbeitsmigrationsprozesse in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg.

Im Zuge der technischen Fortentwicklung und der zunehmenden Tertiärisierung der Gesellschaft stieg in den vergangenen Jahren in allen Industrieländern der Bedarf an hoch qualifizierten Arbeitskräften. Während nach Verhängung des Anwerbestopps 1973 überwiegend Zuwanderung für niedrig qualifizierte, temporäre Tätigkeiten in Form von Ausnahmeregelungen möglich war, gelten die Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes 2003 sowie die Vielzahl der seither erfolgten Liberalisierungen im Bereich der Fachkräftemigration als Paradigmenwechsel. Seit 2004 ist eine steigende Beteiligung von ausländischen Arbeitskräften am deutschen Arbeitsmarkt zu konstatieren, wobei neben Zuwanderern aus Drittstaaten sowie aus den 2004 und 2007 der EU beigetretenen mittel- und osteuropäischen Staaten auch eine wachsende Zahl von Arbeitnehmern aus den von der Finanzkrise stark betroffenen Staaten Südeuropas zu verzeichnen ist (BA 2014).

3.2 Bildungsmigration

Bildungsmigration bedeutet Zuwanderung zum Zweck der Aus- und Weiterbildung und wird vorwiegend durch Studierende geprägt. International verdoppelte sich die Zahl internationaler Studierender zwischen 2000 und 2010 von zwei auf vier Millionen, und Deutschland ist mit rund 204.000 (Stand: 2013) Studierenden aus dem Ausland ein bedeutendes Aufnahmeland (DAAD/DZHW 2014: 8 f., 72 f.). Seit der Jahrtausendwende wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, um das deutsche Hochschulsystem an internationale Standards anzupassen und Studierende aus dem Ausland anzuwerben. Viele internationale Absolventen deutscher Hochschulen erwägen, nach Abschluss des Studiums zumindest für einige Zeit im Land zu bleiben. Empirische Untersuchungen ermittelten Bleibeabsichten bei der Hälfte der internationalen Studierenden und tatsächliche Verbleibsquoten zwischen 25 und 50 % (DAAD/DZHW 2014: 40 f.). Im Kontext der Bemühungen um Arbeitsmigration Hochqualifizierter stellen internationale Studierende

Migration

eine besonders interessante Gruppe dar, da sie bereits wichtige Phasen des Akkulturationsprozesses durchlaufen haben und somit weniger Integrationsprobleme zu erwarten sind als bei Neueinwanderern.

3.3 Familienzusammenführung und Heiratsmigration

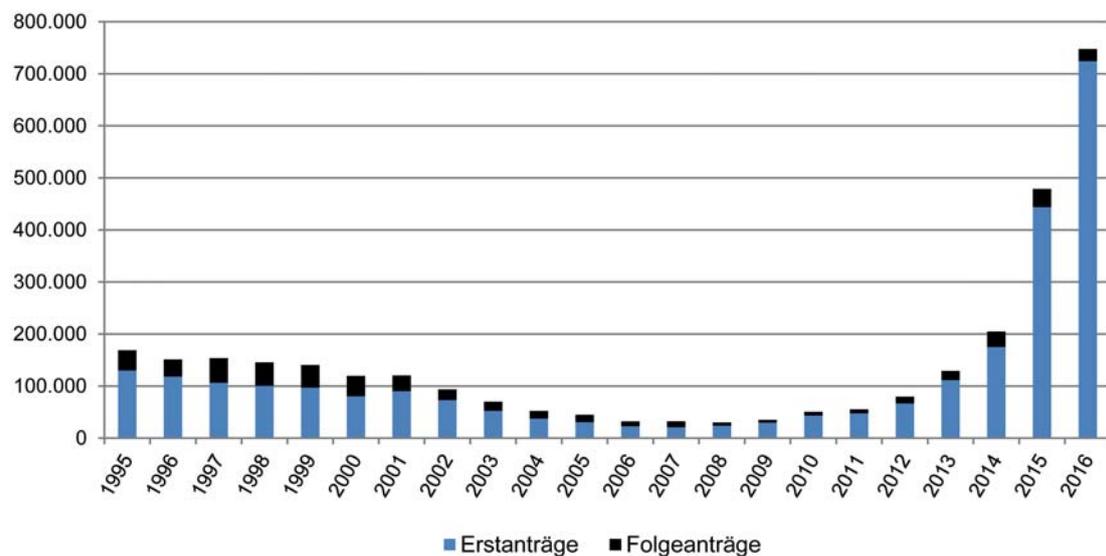
Migration zum Zweck der Familienzusammenführung ist ein weiterer wichtiger Migrationsgrund. Ursprünglich trat diese Form der Migration vor allem im Kontext von Arbeitsmigration auf, indem Ehepartner und Kinder in das Zielland des Migranten nachreisten. Im Zuge der Globalisierung und der zunehmenden Mobilisierung der Gesellschaft entstehen vermehrt transnationale Liebesbeziehungen, die schließlich in der Heiratsmigration eines der Partner münden. In Deutschland waren allein unter den Eheschließungen des Jahres 2012 44.175 binationale Ehen zwischen einem deutschen und einem ausländischen Partner, das entsprach 11,4 % aller Eheschließungen (Verband binationaler Familien und Partnerschaften 2014). Teils ist Heiratsmigration auch ein Effekt vorhergehender Migrationsbewegungen, z. B. wenn ein Migrant oder seine Nachkommen bewusst nach Ehepartnern in der Herkunftsgesellschaft suchen. In Deutschland ist dieses Motiv für Heiratsmigration häufig bei Migranten türkischer und russischer Herkunft anzutreffen (BMI/BAMF 2014: 90 f.).

3.4 Flucht und Asyl

Weltweit steigen die Flüchtlingszahlen seit Jahren an. Bedingt durch die Nähe Europas zu vielen aktuellen Krisenherden wächst auch die Anzahl von Menschen, die aus ihren Herkunftsländern fliehen und in einem Staat der Europäischen Union um Flüchtlingsschutz oder politisches Asyl ansuchen. Rechtliche Grundlagen für die Aufnahme von Flüchtlingen bilden die Genfer Konvention, die sogenannten Dublin-Vereinbarungen der Europäischen Union sowie die nationalen Gesetzgebungen, in Deutschland beispielsweise Art. 16a des Grundgesetzes, der Schutz vor politischer Verfolgung gewährt. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs bestand in Deutschland eine relativ liberale Aufnahmepraxis. Erst im Kontext der großen Migrationsbewegungen durch die Auflösung des sozialistischen Blocks sowie die Kriege in Jugoslawien kam es zu dem bis heute umstrittenen „Asylkompromiss“ im Jahr 1992, der auf eine Beschleunigung und einen restriktiveren Zugang zu den Asylverfahren abzielte (vgl. Han 2010: 185 ff.). Infolge des Asylkompromisses gingen die Antragszahlen seit dem absoluten Höchststand von über 400.000 im Jahr 1992 bis auf einen Tiefststand von unter 20.000 im Jahr 2007 drastisch zurück. Seither sind wiederum steigende Zahlen von Asylantragstellern zu verzeichnen, die insbesondere seit dem Jahr 2012 eine hohe Dynamik entwickelten (s. Abb. 1). So wurden 2013 rund 110.000 Erstanträge auf Asyl eingereicht, 2014 ca. 173.000, 2015 441.899 und 2016 insgesamt 722.370. Hauptherkunftsländer der Asylsuchenden waren im Jahr 2015 Syrien, Albanien, Kosovo, Afghanistan und Irak, 2016 dominierten Asylerstanträge aus Syrien und Afghanistan, während die Antragszahlen aus Albanien und dem Kosovo seit der Zuordnung als sichere Herkunftsländer im Oktober 2015 stark zurückgingen (BMI/BAMF 2014: 73 f.; BAMF 2015, BAMF 2016). Die Verteilung der Asylsuchenden auf die Bundesländer und Gemeinden erfolgt nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel unter Berücksichtigung der Einwohnerstärke und der Wirtschaftskraft der Kommunen. Asylsuchende sind zur Wohnsitznahme in den zugewiesenen Orten verpflichtet. Seit August 2016 gilt diese Regelung (mit Ausnahmen) auch für anerkannte Flüchtlinge in den ersten drei Jahren ihres Aufenthalts (vgl. § 12a AufenthG). Die Kommunen sind für die Unterbringung und Versorgung der Asylsuchenden und

Flüchtlinge zuständig. Angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen der vergangenen Jahre kommt es zunehmend zu Problemen bei der Versorgung mit angemessenem Wohnraum, wobei nicht nur das faktische Fehlen von günstigen Unterkunftsmöglichkeiten, sondern auch die teilweise vehementen Proteste der Wohnbevölkerung gegen die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften zu nennen sind. Inzwischen formieren sich jedoch auch gesellschaftliche Gruppen, die Flüchtlinge aktiv bei der sozialen Integration unterstützen und sich um den Abbau von Vorurteilen bemühen.

Abbildung 1: Entwicklung der jährlichen Asylantragszahlen seit 1995



Quelle: BAMF 2015: 4; BAMF 2016: 2

3.5 Migration ethnischer Minderheiten

Die Entstehung und Lebenssituation ethnischer Minderheiten in Europa steht vorwiegend im Zusammenhang mit der Herausbildung von Nationalstaaten und der politischen Machtausübung durch die Mehrheitsgesellschaft (Reiterer 2004). Die daraus resultierenden Konflikte erzeugen häufig Migrationsdruck in der benachteiligten Minderheitengruppe. Im deutschen Kontext ist vor allem die Migration der deutschen Minderheiten aus Osteuropa und Zentralasien relevant, die im Rahmen der durch das Bundesvertriebenengesetz geregelten (Spät-)Aussiedlermigration nach Ende des Zweiten Weltkrieges bis Mitte der 2000er Jahre in die Bundesrepublik einwanderten. Sie bildeten innerhalb der Migrationsbevölkerung eine relativ privilegierte Zuwanderergruppe, da sie sofort alle Rechte eines deutschen Staatsbürgers erhielten. Dennoch hatte auch eine Vielzahl dieser insgesamt drei Millionen deutschstämmigen Aussiedler mit erheblichen Integrationsproblemen zu kämpfen, die sich teilweise bis in die zweite und dritte Generation fortsetzen (Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention 2002; Dietz/Roll 1998). Innerhalb Deutschlands ist eine räumliche Konzentration von (Spät-)Aussiedlern festzustellen, die einerseits aus der gesteuerten Verteilung auf Bundesländer, andererseits aus netzwerkbedingten Konzentrationsprozessen resultiert.

3.6 Annehmlichkeitsorientierte Migration

Eine zahlenmäßig kleinere, aber unter Planungsgesichtspunkten interessante Form der Migration ist die sogenannte annehmlichkeitsorientierte Migration, die häufig auch verkürzend „Ruhesitzwanderung“ genannt wird, da ihre Protagonisten hauptsächlich aus (jüngeren) Rentnern und Pensionären bestehen. Erste Beachtung fand diese Migrantengruppe durch Untersuchungen in den USA, gefolgt von einem Wachstum des Phänomens und seiner wissenschaftlichen Erforschung im europäischen Mittelmeerraum (Kaiser 2011; Williams/King 1997). Gemeinsam ist diesen Migranten, dass sie nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben ihren Lebensmittelpunkt in eine klimatisch angenehme und naturräumlich attraktive Umgebung verlagern, häufig jedoch ohne ihren bisherigen Wohnsitz komplett aufzugeben. Annehmlichkeitsorientierte Migrationsbewegungen sind auch im Binnenkontext zu beobachten, etwa an den bayerischen Seen oder in den deutschen Mittelgebirgsregionen. In Gegenden, die ansonsten stagnierende oder schrumpfende Bevölkerungszahlen verzeichnen, sind die Ruhesitzmigranten sehr willkommen und werden zum Teil aktiv beworben (z. B. Plauen, Görlitz) (Dörries 2012; Friedrich 2008). Unter planerischen Gesichtspunkten sind sowohl die Alltagsorganisation zwischen mehreren (teils leer stehenden) Wohnsitzen relevant wie auch die Effekte eines gesteuerten Zuzugs von Ruhesitzwanderern auf die lokale Wirtschaft und Bevölkerungsstruktur.

4 Erklärungsansätze

Um Migrationsprozesse zu verstehen, wurde eine Vielzahl von theoretischen Ansätzen entwickelt, die eng an ihren zeithistorischen Entstehungskontext gekoppelt sind (s. Tab. 2). Während der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts standen Ursachen, Bedingungen und Folgen von Migration für die beteiligten Individuen sowie für die Herkunfts- und Zielregionen der Migranten im Mittelpunkt des Forschungsinteresses. Ein Schwerpunkt lag auf neoklassischen, der ökonomischen Logik folgenden Ansätzen (z. B. Rational-Choice-Ansatz). Migration wurde als Reaktion auf regionale Disparitäten verstanden (▷ *Disparitäten, räumliche*), die vor allem durch die Lohndifferenz und die Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen operationalisiert wurde. Eine Erweiterung dieser ökonomischen Komponenten um soziale und kulturelle Faktoren stellen sogenannte Push-Pull-Modelle dar (z. B. Lee 1966). Sie thematisieren abstoßende (push) und anziehende (pull) Entscheidungsfaktoren sowie intervenierende Hindernisse, die der Umsetzung von Migrationsentscheidungen im Weg stehen könnten. Modernere Varianten der Rational-Choice-Ansätze berücksichtigen zudem die Einbindung des wandernden Individuums in größere soziale Aggregate, auf die die Kosten-Nutzen-Kalkulation ausgedehnt wird (vgl. Stark 1991).

Im Laufe der 1980er Jahre veränderten sich die internationalen Wanderungsbewegungen im Kontext der wirtschaftlichen und politischen Globalisierung. Neuere Ansätze konzentrieren sich dementsprechend auf die Vernetzungen der Herkunfts- und Zielregionen von Migranten und auf die Wechselwirkungen von veränderlichen Rahmenbedingungen und individuellen Migrationsentscheidungen (z. B. Migrationssystemansatz, vgl. Mabogunje 1970; Kritz/Zlotnik 1992). Mehr und mehr wurden dabei auch die Migranten als soziale Akteure wahrgenommen und die Effekte ihrer transnationalen Lebensführung auf Herkunfts- und Zielregionen und deren Bevölkerung untersucht (z. B. Netzwerk-Ansatz, chain migration, transnationaler Ansatz). Da mit den neuen Migrationsmustern vielfach auch neue Integrationsmuster einhergehen, kam es in der Folge zu

einer zunehmenden Koppelung entsprechender Forschungsinteressen und theoretischer Ansätze. Den konstruktivistischen Charakter von Migration und verschiedenen Migrantengruppen thematisiert der „Migrationsregime-Ansatz“, der auf das Wechselspiel von Akteurshandeln und institutionellen Kontroll- und Regulierungsmechanismen fokussiert (Pott/Tsianos 2014).

Tabelle 2: Migrationstheorien im Wandel der Zeit

Zeithistorische Epoche	Industrialisierung, Industriezeitalter	Übergang ins postindustrielle Zeitalter	Postmoderne
Beobachtetes Phänomen	Land-Stadt-Wanderung, Auswanderung	mehrdirektionale Wanderung unter Beibehaltung sozialer Beziehungen ins Herkunftsland, raum-zeitliche Persistenz von Migrationssystemen	transnationale Migration, raum-zeitliche Persistenz von Migrationssystemen
Forschungsfokus	Voraussetzungen und Folgen von (internationaler) Migration	Voraussetzungen und Folgen von internationaler Migration, Aufrechterhaltung von Migrationsbewegungen	Eigendynamik internationaler Migration, transnationale soziale Räume, transnationale Integrationsprozesse und Identitätskonstruktionen
Betrachtungsperspektive/ Grundannahmen	Container-Raum, homo oeconomicus	Relationales Raumkonzept, menschliche Subjektivität und Soziabilität	Relationales und konstruktivistisches Raumkonzept, Handlungsorientierung des Individuums
Theoretische Ansätze (Auswahl)	Push-Pull-Ansatz, Rational-Choice-Ansatz, Wert-Erwartungstheorie, New Economics of Migration	Weltsystemansatz, Theorie der Neuen internationalen Arbeitsteilung, Migrationssystem-Ansatz, Netzwerkansatz	Migrationssystem-Ansatz, Netzwerkansatz, transnational approach, Migrationsregime-Ansatz, Integration sozialer „Metatheorien“

Quelle: Eigene Zusammenstellung

5 Auswirkungen von Migration

Aus der stadt- und raumplanerischen Perspektive sind verschiedene Auswirkungen von (internationaler) Migration zu berücksichtigen, die sich regional und in Abhängigkeit von den beteiligten Migrantengruppen unterschiedlich darstellen.

5.1 Regionale Selektivität von Migration und Brain Drain

Bedingt durch die Selektivität von Migration nach Alter, Geschlecht und Bildungsstand erleiden viele Herkunftsregionen einen nachhaltigen Humankapitalverlust (Brain Drain) und eine ungünstige Veränderung der Alters- und Geschlechtsstruktur der Bevölkerung, während Zuzugsregionen in beiden Aspekten gewinnen. Ein Beispiel aus dem Bereich der Binnenmigration ist die Ost-West-Wanderung innerhalb Deutschlands nach 1989 mit einem Saldo von rund 1,7 Millionen, die im Osten den demografischen Alterungsprozess erheblich beschleunigt hat und in manchen (zumeist ländlichen) Regionen Ostdeutschlands zu einem deutlichen Männerüberschuss führte (bis zu 25 % in der Altersgruppe der 18- bis 35-Jährigen) (vgl. Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2007).

5.2 Regionale Konzentration von Migration und Heterogenisierung

Auch die internationale Migration hat sich innerhalb Deutschlands sehr unterschiedlich ausgewirkt, bedingt durch die unterschiedlichen Motive und Zielorte der verschiedenen Einwanderergruppen. Durch die regionale Konzentration der Zuwanderer aus den ehemaligen Anwerbestaaten in den industriell geprägten Agglomerationen hat sich ein nachhaltiges Muster der Verteilung von verschiedenen Nationalitäten über die Bundesrepublik ergeben (s. Tab. 3). So leben drei Viertel aller Türken in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg und Hessen. Eine ähnlich starke Konzentration ist für Italiener und Ex-Jugoslawen festzustellen (die Angaben beziehen sich auf den im Ausländerzentralregister dokumentierten Ausländerstatus). Hingegen leben nur marginale Anteile dieser Nationalitätengruppen in den ostdeutschen Flächenländern. Hier sind Migranten aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion (11,3 %) und aus Vietnam (23,5 %) überdurchschnittlich stark vertreten.

Dabei ist ethnische Heterogenität vor allem ein urbanes Phänomen, während *▷ Ländliche Räume* relativ geringe Ausländeranteile aufweisen. Dies stellt die Großstädte vor weitere Herausforderungen hinsichtlich ihrer Integrationspolitik.

Tabelle 3: Anteile ausgewählter Nationalitäten je Bundesland in % an der Gesamtheit der entsprechenden Nationalität in Deutschland, 2013

Bundesland	Anteil an ausländischer Bevölkerung	darunter				
		Türkei	Ex-Jugoslawien	Italien	Ehem. SU	Vietnam
Baden-Württemberg	17,3	17,4	23,5	30,3	12,2	7,8
Bayern	17,1	13,1	20,4	15,7	15,5	15,6
Berlin	6,4	7,2	5,6	2,6	7,7	20,5
Brandenburg	0,8	0,1	0,3	0,2	2,3	3,9
Bremen	1,2	1,6	0,8	0,4	1,3	0,7
Hamburg	3,3	3,2	2,9	1,1	3,5	2,2
Hessen	10,6	10,5	10,1	12,1	8,1	5,5
Mecklenburg-Vorpommern	0,9	0,1	0,2	0,1	1,7	2,4
Niedersachsen	6,9	6,0	5,4	4,4	9,1	9,7
Nordrhein-Westfalen	25,7	33,6	24,0	23,1	22,4	8,3
Rheinland-Pfalz	4,3	4,0	3,7	5,0	4,7	4,3
Saarland	1,1	0,7	0,7	3,4	1,0	0,5
Sachsen	1,4	0,3	0,5	0,4	3,8	9,2
Sachsen-Anhalt	0,7	0,1	0,4	0,2	1,7	4,7
Schleswig-Holstein	2,0	1,9	1,1	0,8	3,2	1,2
Thüringen	0,6	0,1	0,4	0,2	1,8	3,2

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Grundlage von Destatis 2014

5.3 Residenzielle Segregation

Internationale Migration ist vorwiegend auf große Städte ausgerichtet und hier auf spezifische Stadtquartiere (▷ *Quartier/Quartiersentwicklung*), sodass es zu erheblichen Unterschieden der Ausländeranteile innerhalb einer Stadt kommen kann. Die heutige Konzentration von Migranten unterschiedlicher Herkunft ist anhand ihrer Zuwanderungsmotive und -wege nachzuvollziehen. Während die Gastarbeiter der 1960er Jahre zunächst in Baracken und Werksiedlungen lebten, suchten sie im Rahmen der Familienzusammenführung meist Wohnungen in den damals noch unsanierten innerstädtischen Altbaugebieten, die aufgrund ihrer geringen Attraktivität hohe Leerstandsquoten aufwiesen. Die Spätaussiedler der 1980er und 1990er Jahre bezogen häufig die peripher gelegenen Großwohngebiete an den Stadträndern, die vorwiegend im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus entstanden waren (vgl. Farwick 2001; Kapphan 2001). Vielfach trafen sie dort auf Einheimische aus unteren sozialen Statusgruppen, die aufgrund der günstigen Mieten dieselben Wohnlagen gewählt haben. Somit verstärken sich in den von Migranten bewohnten Quartieren die sozialen Problemlagen, und das Quartier wird als sozialer Brennpunkt stigmatisiert (▷ *Soziale Stadt*). Einstellungen und Vorurteile, die innerhalb der übrigen Stadtbevölkerung gegenüber den dort lebenden ethnischen und sozialen Gruppen vorhanden sind, werden auf das Wohnquartier projiziert, das hinfort gemieden wird. Die Bewohner des stigmatisierten Quartiers erscheinen isoliert gegenüber der Gesamtstadt, sie konzentrieren ihr Kontakt- und Kommunikationsfeld hauptsächlich auf das eigene Quartier. Die mangelnde Artikulation eigener Bedürfnisse und die teils fehlende politische Lobby für das Quartier führen dazu, dass Interessen der Quartiersbevölkerung hinsichtlich Bildung, Gesundheitsversorgung, Freizeit oder Verkehr in der Konkurrenz zu kommunikationsstärkeren Quartieren kommunalpolitisch nicht durchgesetzt werden können (Han 2010: 242 ff.).

5.4 Partizipation und Diskriminierung in Abhängigkeit von der Herkunft

Migranten sind häufiger als andere Bevölkerungsgruppen pauschalen Vorurteilen und Diskriminierung ausgesetzt. Diskriminierung kann durch legale Grundlagen determiniert sein, etwa eingeschränkte politische Partizipationsmöglichkeiten aufgrund der nicht deutschen Staatsangehörigkeit, mangelnde Passung von Ausbildung und Beschäftigungsmöglichkeiten aufgrund restriktiver Anerkennung von Bildungsabschlüssen oder Diskriminierung im Bereich des Bildungswesens durch fehlende Möglichkeiten, Defizite in der Unterrichtssprache bei der Benotung zu berücksichtigen. Die Folge ist eine stark unterdurchschnittliche Partizipation von Migranten in wichtigen Bereichen des öffentlichen Lebens, etwa in Politik, Medien, Bildungswesen oder öffentlichen Verwaltungen (vgl. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2011: 132 ff.). Damit werden ihnen wichtige Möglichkeiten genommen, die Belange der eigenen Gruppe angemessen zu artikulieren (vgl. SVR 2014). Stattdessen werden Themen und Planungsansätze, die die Migranten betreffen, weiterhin durch Nicht-Migranten besetzt und bestimmt.

Die Vorurteile der Einheimischen gegenüber Migranten resultieren aus dem Bedürfnis, die eigene soziale Position zu sichern und sich abzugrenzen. Vorurteile und Stereotype werden durch strukturelle Rahmenbedingungen unterstützt, die die Migranten ausgrenzen, beispielsweise durch die fehlende Beteiligungsmöglichkeit am Erwerbsleben und demzufolge Abhängigkeit von

Transferleistungen, wie das für Asylsuchende der Fall ist. Auch die residenzielle \triangleright *Segregation* verstärkt Stereotype, da sich durch die räumliche Konzentration sozial benachteiligter Migranten die meisten Vorurteile leicht bestätigen lassen. Individuelle Vorurteile äußern sich wiederum in diskriminierendem Verhalten an den Positionen, die durch die Betroffenen besetzt werden (als Lehrer, Vermieter, Stadtplaner, Politiker, Redakteure etc.).

6 Implikationen für die raumbezogene Planung

Für die raumbezogene \triangleright *Planung* stellt Migration stets eine Herausforderung dar, die sich im Gegensatz zu anderen Bevölkerungsprozessen häufig durch ihre hohe Veränderungsgeschwindigkeit auszeichnet. Der starke Zustrom von Asylsuchenden mit den immensen Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt und die soziale Integration ist dabei das derzeit prominenteste Beispiel. Doch auch die gegenläufige Bewegung, nämlich der selektive Wegzug von Bevölkerung z. B. aus ländlichen Räumen, erfordert raumsensible planerische Reaktionen, etwa beim Umgang mit Leerstand oder Neuorganisation der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Internationale Migration hat zu einer Heterogenisierung der Wohnbevölkerung in Deutschland geführt, auf die mit differenzierten und sozialräumlich sensiblen planerischen Ansätzen reagiert werden muss. Der räumliche Fokus liegt dabei auf der Ebene des Wohnquartiers mit seinen unmittelbaren interkulturellen Begegnungsmöglichkeiten, in dem Modi des Zusammenlebens ausgehandelt werden. Im Umgang mit ethnisch segregierten Quartieren konkurrieren planerische Ansätze, die durch Maßnahmen des „social engineering“ zur gleichmäßigeren Verteilung von Migranten auf den städtischen Raum beitragen und damit dem „Mantra der Mischung“ folgen, gegenüber Ansätzen, die die Bedeutung solcher Quartiere als „Ankunftsquartiere“ hervorheben, in denen Zuwanderer erste Orientierung und günstige Wohnmöglichkeiten erhalten (vgl. Münch 2014: 332 f.). Förderprogramme wie „Soziale Stadt“ integrieren dezidiert auch Investitionsmaßnahmen, die zur sozialen Kohäsion im Wohnquartier beitragen und die gleichberechtigte aktive Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen an Quartiersentwicklungsprozessen unterstützen (vgl. Kocks 2014: 270). Den wissenschaftlichen Perspektivenwechsel vom eher homogenisierenden Integrationsbegriff zur Anerkennung gesellschaftlicher Vielfalt zeichnen städtische Diversitätskonzepte nach, die die Produktivität kultureller Vielfalt hervorheben und die kollektive Identität aller Bürger befördern. Beispiele sind die Leitbilder *Diversity is our Strength* im kanadischen Toronto oder *Die Stadt gehört jedem* in Antwerpen.

Es ist deutlich geworden, dass die fortschreitende Diversität durch Migration eine Herausforderung darstellt, die verschiedenste politische und planerische Bereiche betrifft, welche sich nicht primär für Integrationsfragen zuständig sehen. Auf diese Herausforderung wird zunehmend mit einer querschnittsorientierten Herangehensweise reagiert, die in der Lage ist, verschiedene sektoral oder gesamtstädtisch ausgerichtete Perspektiven in den Planungsprozess zu integrieren. Notwendig ist zudem eine interkulturelle Ertüchtigung von Verwaltungs- und Planungsinstanzen, um eine unvoreingenommene Perspektive auf Migration, Integration und heterogene Lebensweisen zu entwickeln und in Planungsansätze einfließen zu lassen.

Literatur

- Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention (Hrsg.) (2002): Die mitgenommene Generation: Aussiedlerjugendliche – eine pädagogische Herausforderung für die Kriminalprävention. München.
- BA – Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2014): Hintergrundinformation: Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der EU-Schuldenkrise auf den deutschen Arbeitsmarkt. Nürnberg.
- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2015): Aktuelle Zahlen zu Asyl: Ausgabe September 2015. http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/201509-statistik-anlage-asyl-geschaeftsbericht.pdf?__blob=publicationFile (26.10.2015).
- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2016): Asylgeschäftsstatistik für den Monat Dezember 2016. <http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/201612-statistik-anlage-asyl-geschaeftsbericht.html?nn=7952206>
- Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.) (2007): Not am Mann: Vom Helden der Arbeit zur neuen Unterschicht? Lebenslagen junger Erwachsener in Abstiegsregionen der neuen Bundesländer. Berlin.
- Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.) (2013): Vielfalt statt Gleichwertigkeit? Was Bevölkerungsrückgang für die Versorgung ländlicher Regionen bedeutet. Berlin.
- BMI – Bundesministerium des Innern; BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2014): Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung: Migrationsbericht 2012. Berlin.
- DAAD – Deutscher Akademischer Austauschdienst; DZHW – Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (Hrsg.) (2014): Wissenschaft Weltoffen: Daten und Fakten zur Internationalität von Studium und Forschung in Deutschland. Bielefeld.
- Destatis – Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2014): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Ausländische Bevölkerung – Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2013. Wiesbaden.
- Destatis – Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2015): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2012. Wiesbaden.
- Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2011): Zweiter Integrationsindikatorenbericht: erstellt für die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Berlin.
- Dietz, B.; Roll, H. (1998): Jugendliche Aussiedler – Portrait einer Zuwanderergeneration. Frankfurt am Main.
- Dörries, C. (2012): Demographischer Wandel: „Die Mobilität der Älteren nimmt zu“ <http://dabonline.de/2012/08/01/%e2%80%9edie-mobilitat-der-alteren-nimmt-zu/> (04.09.2014).
- Farwick, A. (2001): Segregierte Armut in der Stadt: Ursachen und soziale Folgen der räumlichen Konzentration von Sozialhilfeempfängern. Opladen.

- Friedrich, K. (2008): Binnenwanderung älterer Menschen – Chancen für Regionen im demographischen Wandel? In: IZR – Informationen zur Raumentwicklung 3/4.2008, 185-192.
- Han, P. (2010): Soziologie der Migration. Stuttgart.
- Kaiser, C. (2011): Transnationale Altersmigration in Europa: Sozialgeographische und gerontologische Perspektiven. Wiesbaden.
- Kapphan, A. (2001): Migration und Stadtentwicklung. Die Entstehung ethnischer Konzentrationen und ihre Auswirkungen. In: Gesemann, F. (Hrsg.): Migration und Integration in Berlin. Opladen, 89-108.
- Kocks, M. (2014): Integration im Quartier – ein politisches Aufgabenfeld. In: Gans, P. (Hrsg.): Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration. Hannover, 260-274.
- Kritz, M.; Zlotnik, H. (1992): Global interactions: Migration systems, processes, and policies. In: Kritz, M. (ed.): International migration systems: A global approach. Oxford, 1-16.
- Lee, E. S. (1966): A theory of migration. In: Demography 3 (1), 47-57.
- Mabogunje, A. L. (1970): Systems approach to a theory of rural-urban migration. In: Geographical Analysis 2 (1), 1-18.
- Münch, S. (2014): Das „Mantra der Mischung“: Die Problematisierung von ethnischer Segregation in Deutschland und den Niederlanden. In: Gans, P. (Hrsg.): Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration. Hannover, 327-343.
- Pott, A.; Tsianos, V. (2014) : Verhandlungszonen des Lokalen. Potentiale der Regimeperspektive für die Erforschung der städtischen Migrationsgesellschaft. In: Oßenbrügge, J.; Vogelpohl, A. (Hrsg.): Theorien in der Raum- und Stadtforschung. Münster: 116-135.
- Reiterer, A. (2004): Grenzziehungen: Zwischen nationalen Vorurteilen und sozialen Hierarchien. Frankfurt am Main. = Minderheiten und Minderheitenpolitik in Europa 6.
- Schäfer, T.; Brückner, G. (2008): Soziale Homogenität der Bevölkerung bei alternativen Definitionen für Migration. In: Wirtschaft und Statistik (12), 1046-1066.
- Stark, O. (1991): The migration of labor. Oxford.
- SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration GmbH (Hrsg.) (2014): Deutschlands Wandel zum modernen Einwanderungsland: Jahresgutachten 2014 mit Integrationsbarometer. Berlin.
- UN – United Nations (ed.) (1998): Recommendations on statistics of international migration: Revision 1. New York. = Statistical Papers, Series M 58.
- UN – United Nations (ed.) (2013): 232 million international migrants living abroad worldwide – new UN global migration statistics reveal. http://www.un.org/en/ga/68/meetings/migration/pdf/UN%20press%20release_International%20Migration%20Figures.pdf (04.09.2014).
- Verband binationaler Ehen und Partnerschaften (Hrsg.) (2014): Zahlen und Fakten: Binationale in Deutschland. <http://www.verband-binationaler.de/index.php?id=30> (03.09.2014).
- VdSt – Verband Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.) (2013): Migrationshintergrund in der Statistik – Definitionen, Erfassung und Vergleichbarkeit. Köln. = Materialien zur Bevölkerungsstatistik 2.

Migration

Williams, A. M.; King, R. (1997): A place in the sun: International retirement migration from northern to southern Europe. In: *European Urban and Regional Studies* 4 (2), 115-134.

Weiterführende Literatur

Bade, K. (2002): *Europa in Bewegung: Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. München.

Faist, T.; Fauser, M.; Reisenauer, E. (2014): *Das Transnationale in der Migration*. Weinheim.

Hillmann, F. (2015): *Migration. Eine Einführung aus sozialgeographischer Perspektive*. Stuttgart.

Martiniello, M.; Rath, J. (2014): *An introduction to immigrant incorporation studies: European perspectives*. Amsterdam.

Oltmer, J. (2003): *Migration steuern und verwalten: Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Göttingen.

Bearbeitungsstand: 04/2017